

Marginalien ; Rezensionen

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **22 (2002)**

Heft 42

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Frieder Otto Wolf / Pia Paust-Lassen

Ökosozialismus und Ökokapitalismus

Zu Saral Sarkars Kritik der Systemalternativen

Nach dem verlorenen Jahrzehnt der 1990er Jahren, in denen das vor allem kontinentaleuropäische Bewusstsein konkreter und dringlicher Reformalternativen, einer 'Perestrojka im Westen' (vgl. Juquin/Wolf 1990), von einer ganzen Kette neoliberaler Siege zurückgedrängt worden war, wird jetzt die Frage der gesellschaftspolitischen Alternativen wieder aktuell.

In diesen Kontext (vgl. Kovel 2002) gehört auch Saral Sarkars Buch *Die nachhaltige Gesellschaft – Eine kritische Analyse der Systemalternativen* (2001). Es handelt sich um eine eigenständig überarbeitete deutsche Fassung seiner 1999 veröffentlichten Arbeit *Eco-Socialism or Eco-Capitalism?* Es verspricht ein sehr anspruchsvolles und umfassendes Programm und es will nichts weniger leisten, als die *fundamental choices* herauszuarbeiten, vor denen die Menschheit heute steht. Aber trotz vieler berechtigter kritischer Einwände gegen einen flachen 'Öko-Optimismus' der 1990er Jahre, wie er in den meisten grünen Parteien um sich gegriffen hat, gelingt es ihm nicht, dieses Programm einzulösen. Und dies ist kein Zufall.

Sarkar stellt einleitend sein Programm als das einer „umfassenden Analyse“ (S. 9ff.), einer „umfassenden Theorie“ (S. 22) vor, welche zur Erreichung der „Zwillingsziele“ der „Überwindung der ökologischen Krise“ und der „Schaffung einer ausreichenden guten menschlichen Gesellschaft“ (S.

21) auf der Grundlage des von ihm postulierten neuen „Grenzen-des-Wachstums-Paradigma“ (S. 32ff., bes. 36f.) beitragen soll. Trotz einer berechtigten Grundstimmung gegen allerlei umlaufende Problemverharmlosungen (S. 277ff.) und mancher durchaus plausibler Intuitionen¹, bietet er keinen belastbaren theoretischen Rahmen an, der aus Einzelpunkten eine kohärente theoretische Argumentationslinie erkennbar machen würde. Stattdessen bleibt er in den praktischen Evidenzen eines Common-Sense befangen, dessen malthusianische Dogmen spätestens dann ihren reaktionären Charakter zeigen würden, wenn die Frage gestellt würde, welche der gegenwärtigen oder künftigen Menschen *zu viel* sind: Die von Sarkar durchaus zu Recht misstrauisch betrachtete weiße und patriarchalisch geprägte Mittelschicht der Industrieländer neigt da bekanntlich zu klaren rassistischen und sexistischen Antworten.

Dieses als solches durchaus diskussionswürdige Paradigma wird von Sarkar nicht systematisch entfaltet und nach allen Seiten diskutierbar gemacht, sondern gleichsam nur exemplarisch vorgeführt. Sarkar hat keine gegebene Theoriesprache zur Verfügung, sieht darin aber auch gar kein Problem. Demgemäß bezieht er sich zwar mehrfach auf Karl Marx, zumeist aber nur indirekt – entsprechend seiner erklärten Überzeugung, es sei „nicht unsere Aufgabe, den Marxismus zu retten.“ (S. 317)

In seiner Kritik des Marktsozialismus erklärt er den Versuch von Joachim Bischoff und Michael Menard, „nachzuweisen, dass die Meister eigentlich den Marktsozialismus meinten, wenn sie von Sozialismus sprachen“ (S. 300), schlichtweg für nutzlos. Daran äußert sich ein tief in der angelsächsischen Tradition des Common Sense verankertes Theorieverständnis: Er hält offenbar alle Versuche, sich des Zusammenhanges der eigenen Überlegungen mit klassischen theoretischen Paradigmen zu versichern, für eine bloße Autoritätshuberei. Eine kumulative Entwicklung theoretischer Konzepte, welche dann zu Resultaten führen könnte, die der Alltagsintuition widersprechen, ist in einer Welt auch völlig überflüssig, in der alles so einfach ist, wie Sarkar es sich vorstellt: Wettbewerb etwa führt „zwangsläufig zu einer Ellenbogenmentalität“ – die einfache Betrachtung der „Logik des Marktsozialismus“ zwingt dazu, diese These zu bejahen.

In seiner Kritik am Öko-Marxismus, für den er exemplarisch O'Connor und Deléage heranzieht, bezieht Sarkar sich auf deren Versuche, in kritischer Auseinandersetzung mit Marx wie Deléage ein theoretisches Konzept der „ökologischen Kosten“ (Deléage 1994, 48) oder wie O'Connor das Konzept eines „zweiten Widerspruchs des Kapitalismus“ (O'Connor 1988, 13ff., 1994, 162ff.) zu entwickeln. Aber er tut dies nur, um dann gleich das Thema zu wechseln: ihn interessiert vor allem die Frage des „Widerspruchs zwischen jeglicher Art von Industriegesellschaft (heute auch des Bevölkerungswachstums) und Ökologie“ (S. 316). Die Frage, auf welcher Grundlage er eine Theorie der Industriegesellschaft gewinnen kann, die für „Kapitalismus“ und „Sozialismus“ gleichermaßen gilt, stellt

Sarkar nicht. Er schleudert den Öko-marxisten zwar als von ihnen nicht beantwortete Frage entgegen: „Kann der Sozialismus nachhaltig sein?“ (S. 317) Da er aber einfach postuliert, es gebe „ökologische und ressourcenbezogene Grenzen des Wachstums ..., die unabhängig vom sozioökonomischen System sind“ (S. 316), bleibt sein eigener Versuch, diese wichtige Frage zu beantworten, ziemlich willkürlich.

Dass sein Begriff des „sozioökonomischen Systems“ nicht nur die Formdifferenzen zwischen menschlichen Reproduktionsweisen unterschlägt, sondern auch die gesamte Problematik ihrer stofflichen Ausgestaltung, scheint ihm nicht bedenkenswert zu sein. Sarkar stellt nämlich den „Argumentationsmustern, die von Marx und Engels über Gorbatschow bis zu den Marktsozialisten reichen“ (S. 321), einen wirklich sehr schlichten „Paradigmenwechsel“ entgegen. Ganz wie einst Otto Ullrich (1979, 21, 102) geht er von der radikalökologischen Intuition der „Überentwicklung“ aus: „In der Tat müssten eigentlich große Teile der heutigen Produktivkräfte außer Kraft gesetzt werden, wenn wir das Ziel der Nachhaltigkeit erreichen wollen. Damit stellt er sich auf die Grundlage der einfachen malthusianischen Formel der Meadows (1992, 132: „Umweltlast= Bevölkerung x Wohlstand x Technologie“), ohne etwa qualitative Differenzen zwischen Lebensweisen, Konsummodellen und technologischen Konstellationen in Anschlag zu bringen.

Fragen der möglichen Weggabelungen (Bifurkationen) in der Entwicklung menschlicher Reproduktionsweisen, Selbstverwirklichungsmodelle und gesellschaftlicher Naturverhältnisse, innerhalb derer Wissenschaften und Technologien wirken, kommen ihm gar

nicht erst in den Sinn. Statt vieler historischer Alternativen, die zu untersuchen und zu erörtern wären, interessiert ihn nur die simple Alternative von Wachstum oder Schrumpfung.

Gorz' Überlegungen über einen Typus von Produktivkraftentwicklung, der eine vermehrte Freizeit zum Ziel hätte (Gorz 1981, 1984, 68ff.), kann er demgemäß nur als einen besonders perfiden Ausdruck von Wachstumswahn verstehen – denn „eine zügige Entwicklung der Produktivkräfte und ein hohes Maß an Überfluss“, wie sie Linkssozialisten und Sozialdemokraten gleichermaßen für erforderlich hielten, „stehen den Erfordernissen einer wahrhaft ökologischen Ökonomie entgegen.“ (S. 15) Punktum!

Demgemäß denkt er mit Ullrich die Bedürfnisse der Menschen grundsätzlich als auf ein geradezu paläolithisches Niveau² reduzierbar: „Die Bedürfnisse, die unbedingt erfüllt werden müssen, damit ein Mensch überleben kann, sind sehr gering, in der Zahl und im 'Niveau'. Sie beschränken sich auf Nahrung und liebevolle Zuwendung durch andere Menschen. Schon bei Kleidung und Behausung gibt es eine große Variationsbreite (Ullrich 1979, 102)“ – es kann grundsätzlich auf sie verzichtet werden.

An dieser Stelle setzt er sich auch einmal mit Marx direkter auseinander: Dessen Auffassung, dass „die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit“ sei (MEW 25, 838), das „jenseits des Reichs der Notwendigkeit beginnt“ (S. 323), dürfe jedenfalls nicht auf eine „moderne Konzeption von Emanzipation“ übertragen werden, welche „einen gewissen materiellen Wohlstand als Basis haben zu müssen“ glaubt (ebd.). Wiederum mit Ullrich will Sarkar mit jeder Vorstellung „ei-

ner 'untersten Linie' vernünftigen materiellen Wohlergehens für alle“ aufräumen, denn kein „System, das Bedürfnisse über materielle Produkte zu befriedigen sucht“, kann jemals stabil Grundbedürfnisse definieren, weil nämlich „dieses System notwendigerweise sehr erfinderisch ist in der Produktion neuer Luxusgüter, die dann Vorbilder werden für neue materielle 'Grundbedürfnisse'“ (Ullrich 1979, 108).

Dass er damit zugleich die Aufgabe einer Überwindung von Hunger und Krankheit, oder der Versorgung mit hinreichendem Schutz vor ungünstigen Klimabedingungen entsorgt hat, beschäftigt ihn nicht weiters. Im Grunde kann er offenbar keine materielle Güterproduktion denken, die nicht Warenproduktion wäre – und also auch keine 'Industriegesellschaft', welche nicht letztlich doch auf kapitalistischer Akkumulation beruhte, für die also „Akkumuliert, akkumuliert!“ der eigentlich gültige kategorische Imperativ ist. Dass damit auch die gesamte Frage der zusätzlichen Aufwendungen beiseite geschoben ist, welche die menschlichen Gesellschaften im 21. Jahrhundert werden machen müssen, um wenigstens die dringendsten Reparaturen an den bereits angerichteten, u.U. aber noch nicht offen sichtbar eingetretenen Umweltschäden leisten zu können, ist für ihn daher auch kein Problem.

Zwei Kapitel gehen der Frage nach, „warum die 'sozialistische' Sowjetgesellschaft zusammenbrach“ (S. 43ff.). Die Antwort liegt in der „ökologischen Degradation“ (S. 43ff.) und der „moralischen Degradation“ (S. 91ff.). Sarkar distanziert sich zwar pauschal vom „stalinistischen Terrorregime“ (S. 45) geht aber über alle damit verbundenen theoretischen Frage hinweg: Was für

einen historischen Charakter hatte der stalinistisch geprägte 'Realsozialismus'? Die Erörterung dieser Frage hält Sarkar für „nutzlos“: Das Konzept des Sozialismus lasse sich nicht theoretisch präzisieren. Die von ihm zusammengetragenen Beobachtungen über ökologische und 'moralische' Degradationserscheinungen im inzwischen historischen 'Realsozialismus' (vgl. übrigens schon Antunes u.a. 1990) sind wenig originell und vermeiden zentrale Fragen wie die nach politischer Macht und Klassenverhältnissen. Ebenso verständnislos fertigt er Elmar Altvaters (1992, 63) Überlegungen über die Rolle, welche das Fehlen einer sozialistischen Demokratie im Hinblick auf die Unfähigkeit des 'Realsozialismus' zur Überwindung seiner Strukturkrisen gespielt hat, mit der schlichten Überlegung ab, dass Krisenlösungsfähigkeit deswegen nicht mit Demokratieproblem erklärt werden könne, weil es doch darum gehe, „die unvermeidlichen Grenzen des Wachstums zu akzeptieren“ (S. 135).

Im Kapitel über die Grenzen des Wachstums werden beispielhaft einige Ressourcen herausgegriffen, um deren Endlichkeit und Unersetzbarkeit vor Augen zu führen. Dabei ist für Sarkar das Ressourcenproblem ein rein quantitatives. Die Dimensionen, die für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung von evidenter Bedeutung sind, die Stoffe in ihren Qualitäten als Ressource, aber auch als Belastungsfaktoren für die natürlichen Ökosysteme sowie für die menschliche Gesundheit, werden mit keinem Wort erwähnt. Auch wird die zeitliche Dimension außer acht gelassen, die sowohl für die dynamischen Prozesse innerhalb der natürlichen Ökosysteme wesentlich ist als auch für die Gesellschaft mit ihren jeweiligen Rhythmen und Eigenzeiten.

Selbst Befürworter des herrschenden Wirtschaftssystems haben die Notwendigkeiten dieser Dimensionen erkannt, so auch die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages mit ihren Managementregeln zur nachhaltigen Stoffwirtschaft.

In einem Kapitel über die wichtige Frage „Öko-Kapitalismus – kann das funktionieren?“ diskutiert Sarkar ziemlich cursorisch und pauschal alle Konzeptionen einer „öko-sozialen Marktwirtschaft“ (S. 234). Zum einen beruft er sich auf die „traditionelle linke Kritik am Kapitalismus“ – denn auch wenn ihre Einwände gegen die kapitalistische Fesselung der Produktivkräfte in der ökologischen Krise „obsolet geworden“ sei (S. 239), bleibe ihre moralische Kritik am Kapitalismus „gültig und relevant“ – „seine Logik fesselt die höheren Potenziale von Menschen“ (S. 240).

Zum anderen hält Sarkar – ohne dafür nähere Argumente vorzutragen, was durchaus möglich ist, wie inzwischen Kovel (2002, 51ff.; insbesondere 82ff.) gezeigt hat – die kapitalistische Akkumulation für nicht nur letztlich, sondern in jeder Phase unmittelbar untrennbar von stofflichem Wachstum. Auch wenn er hier vermutlich längerfristig Recht hat, wird niemanden überzeugen, der die 'Entmaterialisierung' der Wertschöpfung für einen möglichen Entwicklungspfad oder zumindest für einen Hebel zur Schaffung von Reformspielräumen hält.

Ähnlich skizzenhaft und lückenhaft ist das Kapitel über „Die Alternative – 'Dritter Weg' oder Öko-Sozialismus“ (S. 287ff.). Den ProtagonistInnen einer „Ökologisierung der Marktkräfte“ (vor allem durch Internalisierung ökologischer Folgekosten – vgl. Steppacher 1996) hat Sarkar vor allem einzuwenden, dass „auch Abgaben Umweltgüter

in Waren verwandeln“, weil derjenige, der den Preis dafür zahlt, „ganz legal stärker verschmutzen darf“ (S. 231). Was die negativen Auswirkungen einer derartigen „Kommodifizierung“ sind (und worin vielleicht ihre positiven Seiten liegen könnten), kann Sarkar aufgrund seines Desinteresses für konkrete soziale Formen gar nicht erörtern. Auch die Frage, ob sie dadurch in den Prozess der Kapitalakkumulation einbezogen werden – und was das bedeuten würde, stellt und untersucht Sarkar nicht. Es genügt ihm, dass der „Markt-Preis-Mechanismus“ ökologisch „unbrauchbar“ sei (weil er „die Gegenwart höher schätzt als die Zukunft“) und dass die hohe Arbeitslosigkeit „Ineffizienz und Verschwendung im Kapitalismus“ beweise (S. 235f.). Dass eine große ‘industrielle Reservearmee’ aus kapitalistischer Perspektive dringend erforderlich, also auch durchaus effizient ist, um die Ausbeutungsrate möglichst hoch zu halten, zieht Sarkar gar nicht in Betracht. Den Öko-Keynesianern wie Rudolf Hickel hält er nur die „Logik des Systems“ entgegen, also dessen immanente Tendenzen zu moralischer und ökologischer Degradation sowie zum Wachstum (S. 239f.), die sie durch „staatliche Defizitwirtschaft“ und „Exportpolitik“ nur noch verstärken. Dass Sarkars Kritik auch dem „Export von Ökotechnologien“ gilt, macht seine Blindheit gegenüber allen stofflichen Qualifizierungen ökonomischer Größen vollends deutlich.

Der Ad-hoc-Charakter seiner gesamten Argumentationen zeigt sich anhand der von Sarkar selbst gegebenen Zusammenfassung der im „theoretischen Fundament meiner Art von Öko-Sozialismus“ enthaltenen Argumentation (S. 319):

a. Nachhaltigkeit ist nicht nur eine Frage der „Wirtschaften der Welt“ (S.

320), sondern geht deren „Gesellschaften“ an – denn „Krieg, Bürgerkrieg, soziale Konflikte, Chaos, Kriminalität, Korruption“ (ebd.) beschleunigen „Umweltzerstörung und Ressourcenabbau“ (ebd.). – Aber wie hängen Krieg und Ökonomie, Kriminalität und Akkumulation unter den gegenwärtigen Verhältnissen zusammen, und wo können wir anpacken, um diesen Zusammenhang zu zerreißen?

b. Das Ziel der Nachhaltigkeit erfordert die Schrumpfung der industriellen Wirtschaften, „mit dem Ziel, den Steady-State zu erreichen“³ (ebd.) – Aber was kann eine sinnvoll denkbare ‘Stabilität’ für ein komplexes und dynamisches System wie die Ökologie der Menschheit bedeuten? Jedenfalls keinen statischen Gleichgewichtszustand. Zumindest ein Fließgleichgewicht à la Bertalanffy, wahrscheinlicher noch ein metastabiler dynamischer Zustand.

c. „Diese Schrumpfung erfordert die Akzeptanz eines niedrigeren Lebensstandards als des heutigen“ (ebd.). – Angesichts der ungeheuerlichen Polarisierungen, welche das 19. und 20. Jahrhundert zwischen Reichen und Armen weltweit gebracht haben, wäre eine kurze Spezifizierung erforderlich, wer hier was zu akzeptieren hat. Ohne eine solche Spezifizierung werden immer die Armen die meisten Opfer zu bringen haben.

d. Die dafür erforderlichen „Opfer“ müssen proportional zur „Kapazität, Opfer zu bringen“, getragen werden (ebd.). – Der Verweis auf die „progressive Einkommensteuer“ ist hier zwar ausgezeichnet – aber wie soll der Ausgleich transnational erfolgen, etwa zwischen Nord und Süd oder West- und Osteuropa? Und wie kann überhaupt noch umverteilt werden, wenn alle gleichzeitig ‘schrumpfen’?

e. „Gleichheit ist das beste Mittel, in der Bevölkerung Akzeptanz für eine Politik der wirtschaftlichen Schrumpfung zu erreichen.“ Die Möglichkeiten für „Freiheit und Demokratie“ hängen dagegen davon ab, „wie einfach oder schwierig die ganze Aufgabe wäre“ (S. 220!).

f. Der „Rückzug“ erfordert eine „umfassende“ Planung, „mit Preiskontrollen“, nicht nur eine „Indikativ- oder Rahmenplanung“ (S. 320) – Die Fragen der Schwierigkeiten einer zentralen Planung von oben und der Komplexität einer geplanten stofflichen Proportionalität sind völlig aus den Augen geraten.

g. „In Ländern mit einer wachsenden Bevölkerungszahl ist die wichtigste und dringliche Aufgabe, das Bevölkerungswachstum zu stoppen“ – und zwar von Staats wegen (ebd.). – Die Gründe, mit denen FeministInnen gegen eine derartige Verstaatlichung der Gebärfähigkeit der Frauen protestieren, scheint Sarkar ziemlich missverstanden zu haben (S. 22, vgl. schon Sarkar 1993).

h. „Ein moralisches Wachstum, eine moralische Wirtschaft und Gesellschaft, sind notwendig, um Nachhaltigkeit zu erreichen. Dies ist nicht möglich, im Rahmen des Kapitalismus, gleich welcher Art. Dies ist möglich, wenn auch nicht garantiert in einem sozialistischen Rahmen, weil Sozialismus ein moralisches Projekt ist.“ (ebd.)

Das Resultat dieser Ersetzung von Analyse durch moralische Ansprüche ist damit das Programm einer Erziehungsdiktatur, welche die Menschen einerseits dazu veranlassen soll, den für Nachhaltigkeit erforderlichen Verzicht zu leisten, und andererseits sie zu moralisch höherwertigen Menschen heranzubilden. Auf die klassische Doppelfrage, woher er die erzogenen Erzieher nehmen will, die dieses veran-

stalten könnten – und wie es kommen könnte, dass die große Mehrzahl der Menschen sich ihnen fügen würden, hat Sarkar keine Antwort.

Es überrascht nicht, wenn Sarkar sein Buch mit einem Kapitel über und gegen den Fortschritt in jeder möglichen außer einer moralisierenden (S. 409) Bedeutung schließt – und Rosa Luxemburgs Alternative „Sozialismus oder Barbarei“ auf den von ihm vertretenen, dogmatisch tiefenökologisch geprägten Öko-Sozialismus in Anspruch nimmt. Die Formulierung dieser Alternative wird damit zu einer moralischen Erpressungsgeste gegenüber den ‘wirklichen sozialen Bewegungen’: Entweder beugen sie sich dem hier vertretenen radikalen Verzichtspostulat oder sie tragen selber Schuld an der Barbarei.

1990 haben Pierre Juquin und ich festgestellt: „Im gesamten ‘freien Westen’, selbst in den USA und in Japan, gibt es heute emanzipatorische Oppositionsbewegungen, mit denen wir uns solidarisieren können und müssen, wenn wir für eine grüne Alternative in Europa eintreten: Für eine basisdemokratische Kontrolle der Produktion, für eine sozialistische, ökologische und feministische Umgestaltung der Produktions- und Lebensweise und für die Überwindung patriarchaler Abhängigkeits- und Gewaltverhältnisse sowie aller Formen struktureller und institutionell verselbständigter Gewalt in der Perspektive der Entfaltung befreiter Geschlechterverhältnisse und gewaltfreier gesellschaftlicher Beziehungen.“ (Antunes u.a, 1990, 166)

Den grünen und alternativen Parteien in Europa ist es historisch nicht gelungen, die darin beschriebene Gelegenheit wirksam zu nutzen. Die darin zugleich beschriebene politische Aufgabe einer transformierenden Bündnis-

politik aus radikaldemokratischen Bewegungen heraus – von den in Porto Alegre versammelten Bündnissen über westeuropäische Gewerkschaften, die für gesellschaftspolitische Fragen zu mobilisieren bereit sind – ist aber nur noch dringlicher geworden, nachdem die Siege der Neoliberalen das Jahr-

zehnt für die wirkliche Lösung der globalen Probleme der Menschheit haben verlorengehen lassen. Hier haben inzwischen etwa Morin/Kern (1999) und Kovel (2002) Grundlagen für eine in der Tat unabweisbare neue ‘Systemdebatte’ geliefert, die mit triftigen Argumenten weitergeführt werden kann.

Anmerkungen

- 1 Etwa der politischen Bedeutung von Opschoors Rückzug aus einer rein marktformigen Regulierungsvorstellung auf die „Notwendigkeit von ‘sektoralen Entwicklungs- und Investitionsplänen’“ (S. 285).
- 2 Es ist kein Zufall, dass Sahlins (1974) Beschreibung der „ursprünglichen Überflussgesellschaft“ Sarkar eines der wenigen positiven Gegenbilder zur ökologischen und moralischen Degradation der Gegenwart liefert (S. 322f). Das bedeutet m.E. keineswegs, dass es tatsächlich einen Grund dafür gäbe, zu leugnen, dass die Aufgabe einer sozialen Emanzipation überhaupt nur auf einem ‘hohen Niveau der Produktivkräfte’ zu lösen wäre. Die Menschheit hätte auch in der Vergangenheit emanzipatorische Alternativen wählen können, die im Rückblick allzu gerne mit Berufung auf eine angebliche hegelische ‘List der Vernunft’ in der Geschichte verworfen werden. Die Frage der sozialen, politischen und ökologischen Befreiung von Herrschaft, Abhängigkeit und Raubbau in der heuti-

gen Gesellschaft verlangt aber nicht nach einem pauschalen ‘Rückbau’ der sogenannten ‘Produktivkräfte’, sondern nach einer Selektion unter den gegebenen und entwickelbaren produktiven Potentialen, welche deren ‘Umbau’ begründet – d.h. eine selektive Kombination von Aufbau, Abbau und Umgestaltung einzelner Momente, aus denen dann, wenn alles längerfristig gut geht, in der Tat nicht nur ein *qualitativ verändertes Akkumulationsmodell*, sondern eine komplette, *veränderte Reproduktionsweise* hervorgehen wird.

- 3 Aus diesem Grunde ist es Sarkar besonders wichtig zu beweisen, dass es keinen „Steady-State-Kapitalismus“ geben kann (S. 260ff.). Seine Argumentation leidet allerdings unter seiner konsequenten Weigerung, zwischen stofflichen und Wertfragen überhaupt nur zu unterscheiden (S. 264ff.): er geht dabei so weit, „Umsätze“ und „Ressourcenverbrauch“ a priori gleichzusetzen (S. 268).

Literatur

Antunes, Carlos / Juquin, Pierre / Kemp, Penny / Stengers, Isabelle / Telkämper, Wilfried / Wolf, Frieder Otto, 1990: Für eine grüne Alternative in Europa. Perspektiven der ökologischen und feministischen Linken. Hamburg/Berlin
 Deléage, Jean-Paul, 1991a: Histoire de l'écologie. Une science de l'homme et de

la nature. Paris
 Ders., 1991b: Écologie: Les nouvelles exigences théoriques. In: Écologie politique, No. 1. Paris
 Ders., 1994: Eco-Marxist Critique of Political Economy. In: Martin O'Connor (Hg.): Is Capitalism Sustainable?. New York/London

- Enquête-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages, 1995 (Hg.): Umweltverträgliches Stoffstrommanagement. Bonn
- Gorz, André, 1981: Abschied vom Proletariat. Frankfurt a.M.
- Ders., 1984: Wege ins Paradies. Berlin
- Juquin, Pierre / Wolf, Frieder Otto, 1990: Die Perestrojka im Westen ist überfällig! In: Das Argument, H. 179. Berlin
- Kovel, Joel, 2002: The Enemy of Nature. The End of Capitalism or the End of the World. London/New York
- Meadows, Donella u.a., 1992: Die neuen Grenzen des Wachstums. Stuttgart
- Morin, Edgar / Kern, Anne Brigitte, 1999: Heimatland Erde. Versuch einer planetarischen Politik. Wien
- O'Connor, James, 1988: Capitalism, Nature, Socialism – A Theoretical Introduction. In: Capitalism Nature Socialism, Nr. 1. Boulder, Col., London
- Ders., 1994: Is Sustainable Capitalism Possible?. In: Martin O'Connor (Hg.): Is Capitalism Sustainable?. New York/London
- Opschoor, Johannes B., 1991: Environmental Taxes and Incentives. New Delhi
- Riechmann, Jorge, 2001: Todo tiene un límite: Ecología y transformación social. Madrid
- Sahlins, Marshall, 1974: Stone Age Economics. London
- Schwertfisch, 1997: Zeitgeist mit Gräten. Politische Perspektiven zwischen Ökologie und Autonomie. Bremen
- Stappacher, Rolf, 1996: Die sozialen und ökologischen Kosten der Marktwirtschaft. Zur Aktualität von Karl W. Kapp. Widerspruch, Heft 31, 2. Aufl., Zürich
- Ullrich, Otto, 1979: Weltniveau – In der Sackgasse des Industriesystems. Berlin

Joachim Bischoff

Gegen die Markt-Orthodoxie

Zur Festschrift für Rudolf Hickel

Die kapitalismuskritische Ökonomie ist an den bundesdeutschen Universitäten und den gesellschaftspolitischen Institutionen seit längerem ein Auslaufmodell. Die marxistische Kritik der politischen Ökonomie und die keynesianische Wirtschaftstheorie und -politik werden – im Unterschied zu den sechziger und siebziger Jahren – heute radikal aus dem gesellschaftlich akzeptierten Pluralismus ausgegrenzt. Christa Müller und Oskar Lafontaine attestieren jenen linken Ökonomen wie Altvater, Hickel, Huffs Schmid, Schui, Zinn* u.a., die unabhängig vom neoliberalen „Totalitarismus“ ihre Überzeugungen über Jahre hinweg gegen Polemik, Spott und Ignoranz vertreten haben, die Funktion intellektueller Leuchttürme (Müller/Lafontaine 2002, 106). Schon die bereits früher erschienenen Festschriften zum sechzigsten Geburtstag, so auch die kürz-

liche Publikation für Rudolf Hickel (Heseler 2002), geben einen tiefen Einblick in die wissenschaftliche Arbeit und gesellschaftliche Wirksamkeit dieser Kritiker des ökonomischen Zeitgeistes und verdeutlichen die Anforderungen für die künftigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen.

Auch die entschiedensten ideologischen Vorkämpfer des Neoliberalismus kommen an einem Faktum nicht vorbei: In den Zeiten des Staatsinterventionismus und der gesellschaftlichen Regulierung der Ökonomie konnten sich die Ergebnisse durchaus sehen lassen. „Bei allem was man gegen die Wirtschafts- und Finanzpolitik der 60er und 70er Jahre einwenden kann, die Wachstumsraten waren höher und die Arbeitslosenzahlen waren geringer.“ (Müller/Lafontaine 2002, 106) Seit der neoliberalen Konterrevolution in der

zweiten Hälfte der siebziger Jahre sollen nun nicht mehr gesellschaftspolitische Eingriffe, sondern der Markt für den Zustand von Ökonomie und Gesellschaft verantwortlich sein. Deregulierung, Flexibilisierung und Beschleunigung sind die Chiffren des neoliberalen Zeitgeistes. Faktum ist jedoch auch, dass zwei Jahrzehnte Angebotspolitik uns weder zur Vollbeschäftigung noch zu hohem Wirtschaftswachstum zurückgeführt haben. Mehr noch: Wir erleben mit Blick auf die soziale Sicherheit, die öffentlichen Dienstleistungen und Kulturleistungen des Non-Profit-Sektors eine Zerstörung der kollektiven Strukturen. Damit wird das Kernproblem aber noch drückender: Warum setzte sich infolge der Widersprüche und Fehlschläge der keynesianisch inspirierten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ein radikaler Paradigmen- und Hegemoniewechsel in den kapitalistischen Metropolen durch und weshalb erhält die neoliberale Konzeption auch nach Jahrzehnten eklatanter Erfolglosigkeit weiterhin gesellschaftlichen Kredit für ihre zerstörerischen Experimente?

Seit der Gründung der *Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik* im Jahr 1975 (Bremen) kämpfen Ökonomen wie Rudolf Hickel gegen die neoliberale Auflösung der „mixed economy“ und gegen die Auslieferung aller gesellschaftlichen Bereiche an die kapitalistische Marktsteuerung an. Abgesehen von der anhaltenden Unterstützung aus einem Teil der Gewerkschaften und anderer Nicht-Regierungs-Organisationen hat sich das gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnis stark verändert. „Rudolf Hickel hat die Wende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung von einem gemäßigt keynesianischen zu einem marktideo-

logischen Gremium von Anfang an genau verfolgt und scharf kritisiert – jedoch nicht ohne immer wieder die abweichenden Meinungen einzelner Mitglieder des Sachverständigenrates von der neoliberalen Generallinie hervorzuheben und nach Kräften zu unterstützen.“ (Heseler 2002, 11) Freilich haben die Kontrahenten trotz ausbleibender Erfolge ihrer Konzeption die Kritiker ignoriert. „Mit gelassener Fröhlichkeit hat Rudolf Hickel all diesen Anfeindungen standgehalten. Immer wieder forderte er in der Blütezeit des Neoliberalismus staatliches Eingreifen, um die Arbeitslosigkeit abzubauen. Dass er dabei wenig Erfolg hatte, weiss er selbst.“ (Müller/Lafontaine 2002, 107)

Es wäre allerdings eine einseitige Bilanz der kritischen Ökonomie, wenn man zu Beginn des 21. Jahrhunderts bei einem Lamento über die eigene Erfolglosigkeit und die vermeintliche Uner-schütterbarkeit und Arroganz der Macht, des neoliberalen Regimes stehen bliebe. Der frühere Gewerkschaftsvorsitzende Detlef Hensche konstatiert zurecht: „Immer wieder werden ‘der Neoliberalismus’, seine Profiteure und seine Propheten zu einer Größe aufgeblasen, die bestenfalls dazu angetan ist, bestehende Widersprüche, Schwächen und Angriffspunkte aus dem Blick zu verlieren. Es ist in der Tat verführerisch, die Übermacht der anderen Seite herauszustellen, da dies von der Verantwortung für die eigene Schwäche befreit. Allerdings ist dies auch selbstverschuldet.“ (Hensche 2002, 246) Aus der selbstkritischen Bilanzierung der linken Ökonomen und ihrer Mitstreiter sollen drei Aspekte herausgehoben werden.

Das Scheitern des Keynesianismus

Bis in die siebziger Jahre hinein war die Mehrheit der Wahlbevölkerung in

den kapitalistischen Metropolen der Auffassung, dass dem Staat die Aufgabe zufällt, die Befriedigung bestimmter gesellschaftlicher Grundbedürfnisse (Soziale Sicherheit, Gesundheitsversorgung, Wohnen, Bildung, Information und Kultur) zu gewährleisten. Diese Verpflichtung der Steuerung der Kapitalakkumulation schloss die Entwicklung einer gemischten Ökonomie, eines wirksamen öffentlichen Sektors und eine Modifikation der aus der kapitalistischen Wertschöpfung hervorgehenden Primärverteilung ein. Mit diesen Regulationsansätzen existierte zugleich ein Rahmen für die Beeinflussung der Konjunktur und internationaler Austauschverhältnisse.

Der Keynesianismus, seit dem Erscheinen der „General Theory“ im Jahr 1936 gleichsam das Symbol für die gesellschaftliche Rückwirkung auf den Reproduktionsprozess, machte eine dramatische Entwicklung durch: „Dem raschen Siegeszug in der gesamten westlichen Welt, genährt u.a. durch die Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise, des Staatsinterventionismus im Kriegskapitalismus, aber auch propagiert durch simplifizierende ‘Bastard’-Lehrbuchmodelle, folgte der steile Niedergang in den siebziger Jahren. Als sich nach dem Ende des ‘golden age’ der Nachkriegszeit Inflation und steigende Arbeitslosigkeit ausbreiteten und einer der Grundpfeiler dieser Ära, das von Keynes mit geschaffene Bretton-Woods-Währungssystem von 1944 zusammenbrach, sahen die Keynesianer alt aus. Sie konnten keine konsistente Alternative anbieten.“ (Priewe 2002, 31)

In der Anfangszeit der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik wurde noch über diese Fragen der theoretischen Konsistenz debattiert. Gegen das populäre Mißverständnis, die Keynesische Wirtschaftspolitik immer mit

Schuldenpolitik gleichzusetzen, kam man Ende der siebziger Jahre kaum an. Aber bei aller Bedeutung von Geldpolitik und einer gesellschaftlichen Einbettung der Investitionsfunktion des Kapitals trifft doch die Polemik von Jan Priewe den wunden Punkt. „Die (post)keynesianische Makroökonomie ist noch weit davon entfernt, eine kohärente Theorie zu werden, die auf breitem Konsens beruht und als weithin akzeptiertes wirtschaftspolitisches Leitbild fungieren kann.“ (Priewe 2002, 43) Zur Herausbildung und Hegemonie eines makroökonomischen Konsensus gehört aber nicht nur die vertiefte Auseinandersetzung mit den überlieferten Begründungen und wirtschaftspolitischen Instrumentarien, sondern es muss zugleich auch eine Verständigung über die gegebene ökonomische Konstellation und die mittelfristigen Entwicklungstendenzen erzielt werden.

Hegemonie des US-Kapitalismus und die „New Economy“

Hickel weist die These, dass die New Economy dem Neoliberalismus endgültig zum Sieg ver helfe, in seiner jüngsten Studie entschieden zurück. „Vielmehr werden ökonomische Systeme unter dem Regime der New Economy eher krisenanfälliger. Wie die Pleiten und Massenentlassungen in der Internetökonomie belegen, haben die alten Gesetze, die die Tendenz zur Überproduktion und nachfolgenden Reiningungskrise beschreiben, keineswegs an Bedeutung verloren.“ (Hickel 2002, 42) Über die inzwischen sich als falsch erwiesene Annahme, mit der New Economy seien zugleich neue Gesetze der Wertschöpfung und der Kapitalverwertung etabliert worden, brauchen wir angesichts der geplatzten Finanzblase auf den internationalen Kapitalmärk-

ten keine weitere Auseinandersetzung.

Umstrittener und daher mit mehr Klärungsbedarf ausgestattet ist die These, dass sich die langfristige Systemprognose nach wie vor auf die empirisch bewährten „alten“ Theorien der säkularen Entwicklung stützen kann. Bei der Bewertung, dass in der Keyneschen Theorie auch eine Langfristprognose eingeschlossen ist und dass – auch abgesehen von den wachsenden Widersprüchen im Weltwährungssystem und des seit den achtziger Jahren entstandenen Finanzregimes – auf Basis der immanenten Gesetze der Kapitalakkumulation eine Differenzierung des wachsenden gesellschaftlichen Reichtums in kürzere Arbeitszeiten, Ausweitung privater wie öffentlicher Dienstleistungen und Verbesserungen der Lebensbedingungen nicht verwirklicht ist, gehen die verschiedenen Strömungen innerhalb der kritischen Ökonomie schon deutlich auseinander.

Die These, dass der massive Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien, der eben keineswegs auf einen Sektor der Ökonomie beschränkt ist, sondern die gesamte „old economy“ mittelfristig umkrempeln wird, dürfte weithin akzeptiert werden. Was sind die Konsequenzen einer solchen Veränderung des Akkumulationsprozesses? „Im Zusammenspiel mit Stagnationstendenz und Strukturwandel vollzieht das Akkumulationsgeschehen einen deutlichen Richtungswechsel zu verstärkter Rationalisierung. Temporäre Einflussfaktoren – etwa die Durchdringung von Teilen der Dritten Welt oder der Austausch obsoletter Infrastrukturen durch neue, von der Informations- und Kommunikationstechnologie bestimmter – sind auch in der Lage, den Stagnationskräften vorübergehend entgegenzuwirken.“ (Zinn 2002, 76) Vor diesem Hinter-

grund erklärt Zinn den beispiellosen Wirtschaftsboom der neunziger Jahre in den USA mit der erneuerten Position als einzige Hegemonialmacht und nicht mit besonderen Leistungen der US-amerikanischen Gesamtwirtschaft.

Hickel hält sich gegenüber der Prognose einer Stagnationstendenz zurück. Er erwartet, dass die US-Wirtschaft zur Normalität zurückkehren wird. „Und diese wird geradezu gesetzmäßig bestimmt durch das zyklische Auf und Ab, eine phasenweise Inflationsgefahr sowie den Wechsel zwischen steigender und sinkender Arbeitslosigkeit. Die mit dem Wirtschaftswachstum bescherten Belastungen der Umwelt rücken wieder stärker ins Blickfeld.“ (Hickel 2001, 73) Seine These zielt darauf, dass „nicht hochtechnologisch fundierte New Economy, sondern das alt bekannte Aggregat privater Konsum“ (Hickel 2001, 63) die nicht mehr für möglich gehaltene Phase lang anhaltenden Wirtschaftswachstums mit Geldwertstabilität und hohen Beschäftigungszuwächsen hervorgebracht hat. „Es sind die lang anhaltenden, überproportionalen Zuwächse beim privaten Konsum. Damit bestätigt sich eine uralte volkswirtschaftliche Erkenntnis auch im Zeitalter des digitalen Kapitalismus. Der private Konsum beeinflusst als Nachfrageaggregat die Investitionen der Privatwirtschaft und damit die Dynamik der Gesamtwirtschaft.“ (Hickel 2001, 63)

Dieses vor allem gegenüber Deutschland und den europäischen Metropolen abweichende Muster – Ausweitung des privaten Konsums – ist letztlich einer intelligenten Geldpolitik der US-Notenbank zu verdanken. Sie ermöglicht durch die Zins- und Liquiditätssteuerung günstige Kredite für die lohnabhängigen Massen und massive Vermögenszuwächse für die oberen Schich-

ten. Hickel betont, dass die Geldpolitik viel bewegen kann, aber letztlich allein überfordert bleibt und in eine Gesellschaftspolitik eingebaut werden muss. Konsens ist bei den linken Ökonomen, dass durch eine international abgestimmte Geld- und Finanzpolitik eine Wiederauflage der großen Depression von 1929 bis 1932 vermieden werden kann. Weiter debattiert werden müssen die Rolle von Verteilungskonflikten und der Strukturwandel im weiteren Verlauf des Akkumulationsprozesses.

Auch für Hickel verstärkt „New economy grundsätzlich eine dem Neoliberalismus innewohnende Fehlentwicklung“ (Hickel 2001, 169). Aber zu einer präziseren Einschätzung der Erfolgchancen neoliberaler Deregulierungspolitik, letztlich zu einer Aktualisierung der Tendenz zur Stagnation eines „reifen“ Kapitalismus will er sich nicht durchringen. Die Prosperitätsphase der US-Wirtschaft – mit ihren positiven Rückwirkungen auf die Weltökonomie – war eine Ausnahme, die letztlich nur das Potential einer intelligenten Geldpolitik unterstreicht. „Die New Economy verstärkt einen weiteren, seit Jahren beobachtbaren Trend, der aus der Spaltung zwischen Kapitaleigentümern und Kapitalmanagern geboren wurde.“ (Hickel 2001, 166) Die Konsequenzen dieser Shareholder value - Orientierung auf die betriebliche Wertschöpfung der Unternehmen werden überwiegend negativ beurteilt. Immerhin könnte man untersuchen, ob nicht gerade die infolge der Hegemonie der Finanzmärkte ausgeübten Imperative über die Kapitalgesellschaften in den USA für die außergewöhnliche Prosperität in den neunziger Jahren verantwortlich waren. Ein kritischer Blick auf die treibenden Kräfte nach der Wertschöpfung hätten vor einer Überschätzung der grundlegenden Erneue-

rung der Unternehmen warnen und einen spekulativen Boom auf den Finanzmärkten verhindern können.

Bei einer solche Sichtweise ergibt sich eine größere Skepsis gegenüber der raschen Rückkehr zur Normalität der US-Ökonomie. Die These lautet also: Der mit dem Platzen der Finanzblase ausgelöste Konjunkturerinbruch wird nicht rasch kompensiert werden können. Angesichts des massiven Wertberichtigungsbedarfs bei vielen Eigentumstiteln ist der Übergang in eine längere Phase der stagnativen oder depressiven Entwicklung nicht einfach abzuweisen.

Anhänger einer längeren Bereinigungsphase verweisen auf Parallelen mit der japanischen Entwicklung: Auch Japan glänzte Ende der achtziger Jahre – kurz vor dem Absturz in eine jahrzehntelange Stagnation – mit beeindruckend hohen Wachstums- und Produktivitätszahlen, einem boomenden Aktienmarkt, einer starken Währung und moderaten Inflationsraten. Zwar weist das US-Finanzsystem eine weit aus größere Stabilität auf, aber die rasche Entwertung der Eigentumstitel könne die hohe Verschuldung von Unternehmen und Verbrauchern zu einem gefährlichen Hindernis machen.

Seit dem Höhepunkt des Finanzbooms im Frühjahr 2000 waren in den USA mehrere tausend Milliarden Dollar bei den börsennotierten Aktien abzuschreiben; der Verlust des vernichteten Aktienvermögens wird von Experten auf fast ein Drittel des weltweiten Bruttoinlandsprodukts geschätzt. Durch die massiven Zinssenkungen der US-Notenbank und anderer Zentralbanken ist diese Entwicklung im Verlauf des Jahres 2001 gestoppt worden. Gleichwohl ist die Gefahr eines sich verstärkenden Abschwunges durch die Parallelität der Entwicklung in Nordamerika, Europa und Japan noch nicht

ausgeräumt. Entgegen dem von vielen Politikern verbreiteten Aufschwungsoptimismus könnte die Zwischenhaushalte durch schlechte Unternehmensnachrichten in eine neue Baisse umschlagen. Ein Ende der Depression oder Stagnation läge noch in weiter Ferne.

Es gibt also Diskussionsstoff sowohl mit Blick auf das theoretische und wirtschaftspolitische Fundament der alternativen Ökonomie als auch im Hinblick auf die Erklärung der zurückliegenden Prosperität der US-Wirtschaft und der weiteren Entwicklungsperspektiven. Ein Ausstieg aus der Fehlentwicklung der durch die neoliberale Politik eröffneten Risikospirale unterstellt schließlich einen erneuten gesellschaftlich akzeptierten Paradigmenwechsel.

Herausforderung an die Gewerkschaften

Bei dem unbestrittenen Klärungsbedarf in Grundsatzfragen stehen wir in Sachen Aufklärung und politischer Alternative nicht mit leeren Händen da. Gleichwohl hat Hensche recht. „Die jährliche Vorstellung eines keynesianisch orientierten alternativen Gutachtens verursacht für sich genommen noch kein politisches Erdbeben.“ (Hensche 2002, 246) Die ökonomischen Tatbestände und die wirtschaftspolitischen Alternativen müssen stärker in die praktische Politik und politische Bewegung einbezogen werden. „Die ökonomische Alphabetisierung gelingt erst im Zusammenhang mit realen Auseinandersetzungen und Aktionen.“ (ebd.) In diesem Zusammenhang muss vor allem aus dem Bereich der gewerkschaftlichen Unterstützer der alternativen Wirtschaftspolitik mehr Engagement gefordert werden.

„Betrachten wir die Tarifpolitik der letzten Jahre unter dieser Anforderung,

präsentiert sich keine Erfolgsbilanz. Bis auf wenige Ausnahmen haben die Tarifabschlüsse der 80er und der 90er Jahre den – neutralen – Verteilungsspielraum nicht ausgeschöpft, geschweige denn überschritten. Dies aber wäre eigentlich notwendig gewesen, um das Missverhältnis zwischen Masseneinkommen und Gewinnen zu korrigieren.“ (Hensche 2002, 246) Faktisch bedeutet dies, dass die Gewerkschaften deutliche Schwächen in ihrer Kernfunktion zeigen: die Beeinflussung der Primärverteilung gewährleistet nicht mehr die Sicherung des Lebensstandards.

Bei der Kontrolle der Leistungsbedingungen, der Arbeitszeit und vor allem im Rahmen der Zusammenarbeit mit europäischen Gewerkschaften sind deutliche Defizite auszumachen. Nimmt man die Verschlechterungen bei öffentlichen Dienstleistungen, der Altersversicherung und dem Gesundheitsschutz hinzu, also das Terrain der Sekundärverteilung, wird die Defensivposition offensichtlich. Der zweite Vorsitzende der IG Metall resümiert zu recht: „Trotz ihrer Anstrengungen konnten es die Gewerkschaften in den vergangenen beiden Jahrzehnten nicht verhindern, dass die Verteilung in die soziale Schieflage gerutscht ist. Auch sind die Erträge aus Vermögen ... stärker als die Arbeitseinkommen gestiegen. Nicht zuletzt dadurch haben sich die Relationen in der Einkommensverteilung verschoben, ohne dass die Gewerkschaften dies mit ihrer Tarifpolitik hätten verhindern können.“ (Peters 2001, 331)

Den Zusammenhang kann man auch von anderer Seite einschätzen: Gewerkschaften müssen im Shareholder Value-Kapitalismus über die Tarifpolitik hinaus durch Ausschöpfen des politischen Mandats sicherstellen, dass die Zerstörung der kollektiven Strukturen endlich abgeblockt wird. Dazu bedarf

es tatsächlich einer „ökonomischen Alphabetisierung“. Die Haupttatsachen und die fundamentalen Entwicklungstrends müssen in die sozialen Auseinandersetzungen einbezogen werden. Erst wenn sowohl Gewerkschaftsmitglieder als auch die Beteiligten an sozialen Auseinandersetzungen und Konflikten über entsprechende Gesellschaftskenntnisse verfügen, kann ein Paradigmen- und Hegemoniewechsel praktisch eingeleitet werden. Ansätze zur Herausbildung eines breiten gesellschaftlichen Bündnisses (Gewerkschaften, Kirchen, NGO wie ATTAC et al.) zur Verteidigung und Durchsetzung bestimmter Politikinhalt gibt es bereits.

Eine konkrete Gestalt dieses Widerstandspotentials ist das Memorandum

der Initiative für einen Politikwechsel.“ Politische Alternativen in dieser Republik durchzusetzen, erfordert eine breite soziale Bewegung Gelingt es, die vorhandenen Kräfte im Rahmen einer gemeinsamen Politikalternative zusammenzuführen und an wichtigen Punkten vereint handlungsfähig werden zu lassen, so ist dies ein wichtiger Schritt für die Entwicklung einer neuen sozialen Bewegung.“ (Initiative/Memorandum, 2002) Es geht um eine Überwindung der Zuschauerdemokratie, aber auch im konkrete Projekte wie eine wirkliche Gesundheitsreform, Bildung und Weiterbildung für alle, eine soziale Grundsicherung, Zurückdrängung von Rassismus und autoritären Politikkonzeptionen.

*) Die in der letzten Zeit erschienenen Festschriften geben einen guten Überblick über die theoretisch-politischen Arbeiten: Heinrich, Michael / Messner, Dirk, 1998: Globalisierung und Perspektiven linker Politik, FS für Elmar Altvater, Münster – Heseler, H. u.a., 2002: Gegen die Markt-Orthodoxie, FS für Rudolf Hickel, Hamburg – Hickel, Rudolf u.a., 2001: Politik des Kapi-

tals - heute, FS für Jörg Huffs Schmid, Hamburg – Schikora, Andreas, u.a., 1992: Politische Ökonomie im Wandel, FS für Klaus Peter Kisker, Marburg – Goldschmidt, Werner, a.a., 2000: Neoliberalismus - Hegemonie ohne Perspektive, FS für Herbert Schui, Heilbronn – Helmedag, Fritz / Reuter, Norbert, 1999: Der Wohlstand der Person, FS für Karl Georg Zinn, Marburg.

Literatur

Flassbeck, Heiner / Müller, Albrecht, 2002: Ein babylonisches Mißverständnis. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.2.
Heseler, Heiner u.a., 2002: Gegen die Markt-Orthodoxie. Festschrift für Rudolf Hickel. Hamburg
Heseler, Heiner u.a., 2002: Politische Ökonomie als Programm. In: Heseler, H. u.a., 2002
Hensche, Detlef, 2002: Wissenschaft und gewerkschaftliche Praxis. In: Heseler, H. u.a., 2002
Hickel, Rudolf, 2001: Die Risikospirale. Was blieb von der New Economy? Frankfurt/M.
Hickel, Rudolf / Strickstroock, Frank, (Hg.), 2002: Brauchen wir eine andere Wirt-

schaft? Mit Beiträgen u.a. von K.G. Zinn, J. Huffs Schmid, J. Peters. Reinbek
Initiative für einen Politikwechsel, 2002: Memorandum. Handlungsansätze, Zukunftsperspektiven, Reformprojekte. Hamburg
Müller, Christa / Lafontaine, Oskar, 2002: Stehvermögen. In: Heseler, H. u.a., 2002
Peters, Jürgen, 2000: Zukunft fairteilen. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 6
Priewe, Jan, 2002: Fünf Keynesianismen. Zur Kritik des Bastard-Keynesianismus. In: Heseler, H. u.a., 2002
Zinn, Karl Georg, 2002: Der Kapitalismus und die neue Hegemonialstellung der USA im Kontext der Debatte um ‚New Economy‘. In: Heseler, H. u.a., 2002

Johannes Jäger / Gerhard Melinz / Susan Zimmermann (Hg.): Sozialpolitik in der Peripherie. Entwicklungsmuster und Wandel in Lateinamerika, Afrika, Asien und Osteuropa. Brandes & Apsel, Frankfurt/M., 2001 (256 S., ca. Fr. 39.–)

Die Sammelbände in der Reihe *Historische Sozialkunde/Internationale Entwicklung*, die öfters im Zusammenhang mit interdisziplinären Ringvorlesungen an der Universität Wien entstehen, gehören zu den wichtigsten deutschsprachigen Publikationen, die man unter dem Begriff „Globalisierungskritik“ fassen könnte. Es wird ein breiteres LeserInnenpublikum angesprochen durch komprimierte Überblicksdarstellungen etwa zu *Globalisierung und Peripherie* (1998) oder *Von der Weltwirtschaftskrise zur Globalisierungskrise* (1999). Der jüngste Band bietet einen Überblick über historische Muster und neueste Entwicklungstendenzen der Sozialpolitik in der Peripherie.

Die meisten Beiträge vergleichen die historischen und gegenwärtigen sozialpolitischen Entwicklungen in einem oder in mehreren Ländern einer Weltregion (Lateinamerika, Afrika, Asien, Osteuropa). Monica Budowski und Christian Suter, Soziologieprofessor an der ETH Zürich und Autor einer umfassenden Analyse der politisch-ökonomischen Entwicklung Lateinamerikas (*Gute und schlechte Regimes*, Frankfurt/M., 1999), zeigen in ihrem Beitrag, dass Mexiko und Costa Rica zur gleichen Zeit, nämlich in den späten 40er und 50er Jahren, und unter ähnlichen Rahmenbedingungen den Aufbau eines sozialen Sicherungsnetzes für ihre Bevölkerungen in Angriff nahmen.

Im Vergleich mit Mexiko kam es in Costa Rica zu einer rascheren Imple-

mentierung und universalistischeren Ausrichtung der sozialstaatlichen Programme. Die AutorInnen führen dies auf die egalitäreren sozioökonomischen Strukturen und die Autonomie und Stärke der Zivilgesellschaft in Costa Rica zurück. Ein wichtiger Grund für den Vorsprung Costa Ricas war die Abschaffung der Armee. Dadurch wurden notwendige Ressourcen für eine sozialpolitische Entwicklung freigestellt, aber es wurde auch „– aufgrund des Fehlens eines militärischen Disziplinierungsinstruments – die Grundlagen für eine politische Kultur des sozialen Konsenses“ gelegt (S. 74).

In Mexiko diente Sozialpolitik der gezielten Inkorporierung und klientelistischen Einbindung politisch relevanter Gruppen. Die sozialpolitischen Programme und Institutionen in beiden Staaten kamen, wie überall in der Peripherie, in Folge der Wirtschaftskrisen der 80er Jahre und der Herausbildung eines neuen „Entwicklungsmodells“ unter neoliberalen Vorzeichen schwer unter Druck. In Afrika südlich der Sahara traten unter der Ägide der Strukturangepassungspolitik von IWF und Weltbank an die Stelle ohnehin rudimentärer, zumeist kolonial vorgegebener staatlicher Sozialpolitik von aussen kommende selektive „armutspolitische Interventionen“.

Oft werden die ostasiatischen „Tigerstaaten“ angepriesen als Vorbilder für die westlichen Länder, in denen angeblich ein überbordender Wohlfahrtsstaat die wirtschaftlichen Tätigkeiten stranguliert. Gerade in Südkorea und Taiwan entfaltet sich aber eine zunehmende sozialpolitische Dynamik, wie der Beitrag von Christian Aspalter zeigt. Trotz – oder jenseits – konservativer Werthaltungen bezüglich Familie/Unternehmen/Staat werden Sozialversicherungs- und Sozial-

hilfesysteme rasant ausgebaut und ausgeweitet auf breite Bevölkerungsteile, und der staatliche Einfluss gewinnt dabei an Bedeutung. Aspalter führt dies auf den einsetzenden Parteienwettbewerb zurück; beide Länder befinden sich seit 1987 in einem politischen Demokratisierungsprozess.

Andererseits setzten soziale Bewegungen ihre Forderung zunehmend mit Strassenprotesten und mit organisierter Interessenvertretung durch. Nach wie vor gibt es aber im kapitalistischen Ostasien keinen Sozialstaat, der dem universalistisch-egalitären „sozialdemokratischen Modell“ entspricht oder ein solches auch nur explizit anstrebt. Die Entwicklungen in der Volksrepublik China sind divergierend: Die schnelle wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht es den Dorfkollektiven, wohlfahrtsorientierte Massnahmen zu ergreifen, in deren Genuss früher nur Angestellte von Staatsbetrieben und Beamte gekommen waren – diese hingegen kommen zunehmend unter Druck der Rationalisierungs- und Vermarktlichungsprozesse. Die „neuen Armen“ in der Stadt sind ehemalige Beschäftigte aufgelöster Staats- und Kollektivbetriebe, und sie werden in der Forschung unter „postsozialistische Armut“ verbucht.

In Mittel- und Osteuropa ist die Entwicklung seit Beginn der 90er Jahre durch einen wohlfahrtspolitischen Umbau in Richtung marktabhängiger und –orientierter Sozialpolitik und durch einen gleichzeitigen Abbau der für den „Staatssozialismus“ charakteristischen Formen sozialer Sicherheit und Leistungen bestimmt. Damit war,

so die Schlussfolgerung von Susan Zimmermann in ihrem Beitrag über „die andere Hälfte Europas“, der „Weg hin zu einer bescheidenen Palette der schlechtesten Variationen kapitalistischer Sozialpolitik ... unverkennbar vorgezeichnet.“ (S. 235).

Besonders hervorzuheben ist der gemeinsame Beitrag der Herausgeber. Unter dem Titel *Zugänge und Entwicklungen in globaler Sicht* bieten sie einen verdichteten, empirisch und theoretisch informativen Gesamtüberblick über die Entwicklung der Sozialpolitik in der Peripherie. Der Artikel korrigiert eine Reihe von populären Annahmen. So ist Sozialpolitik in der Peripherie keineswegs eine Angelegenheit der jüngeren und jüngsten Vergangenheit, sondern (in Teilen der Peripherie) beinahe so alt wie im europäischen Zentrum. Es ist auch nicht so, dass alleine endogene, nationalgesellschaftliche und -staatliche Prozesse zu sozialpolitischen Aktivitäten führen würden.

Die *internationale Dimension* der Sozialpolitik, die in Forschung und Politik seit einiger Zeit auf neues Interesse stösst, hat ebenfalls eine lange Geschichte. 1906 wurden in Bern die ersten multilateralen Arbeitsschutz-Abkommen zum Phosphorverbot und zum Verbot der Frauenarbeit unterzeichnet. Solche Bemühungen schlugen sich 1919 in der Gründung der *Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)* nieder, die zumindest phasenweise von grosser Bedeutung für die sozialpolitische Entwicklung war, und dies nicht nur in der Peripherie.

Patrick Ziltener

Meinhard Creydt: Theorie gesellschaftlicher Müdigkeit. Gestaltungspessimismus und Utopismus im gesellschaftstheoretischen Denken. Campus Verl., Frankfurt/M. 2000 (423 S., 45 €)

Für so manche ist der Abschied von der früheren ebenso imaginären wie ungeheuren Leichtigkeit von Systemveränderungsambitionen eingemündet in eine saturierte und realpolitische Affirmation des Gegebenen. Zu begreifen ist dann gesellschaftstheoretisch nichts wirklich mehr. Daher rührt die Frage: „Wieviel Entwirklichung kann sozialwissenschaftliche Theoriebildung vertragen?“ (Wolf-Dieter Narr). Im Unterschied zu faktizitätsblindem Idealismus und tatsachenbegeistertem Realismus ist hier von einem gelungenen Stück Gesellschaftstheorie zu berichten.

Die vorliegende Theorie gesellschaftlicher Müdigkeit stellt die Schwierigkeiten der Gesellschaftsgestaltung auf eine Weise dar, die sowohl den Gestaltungspessimismus wie den Utopismus überwindet. Sie zeigt das Umschlagen beider ineinander. Die in ihrem Gefüge analysierten Schwierigkeiten, auf Gesellschaft (um)gestaltend einzuwirken, resultieren für Creydt aus den modernen Strukturen der gesellschaftlichen Synthesis, des Kapitalismus und der Subjektivität. Anliegen des Autors ist nicht, diese drei Sphären gegeneinander auszuspielen oder sie multifaktoriell zu kombinieren, sondern ihren konstitutiven Zusammenhang zu denken.

Der Verfasser fokussiert soziologische Theoreme zur Moderne und Kernpunkte einer gesellschaftstheoretisch fruchtbar gemachten Kapitalismusanalyse, insofern beide die Schwierigkeit einer substanziellen Gestaltung von Gesellschaft in Anbetracht von Sachzwängen anpeilen. Eingeschlossen ist

eine Kritik utopischer Sozialismusvorstellungen aus der Perspektive soziologischen Wissens sowie eine Kritik einer unmittelbaren, kapitalismusblinden Anwendung soziologischer Theoreme auf die bestehenden modernen westlichen Gesellschaften. Differenzen zum Marxismus werden dann ebenso zum Thema wie untaugliche Versuche, den kapitalistischen Tiger zum Vegetarier zu zähmen. Creydt stellt in einem dritten Schritt zentrale Formen des individuellen In-der-Welt-Seins dar, wie sie die Lebenswelt auf der Grundlage der Strukturen der modernen kapitalistischen Gesellschaft und in Absetzung von ihnen mit sich bringt.

Gegenüber einer Sozialwissenschaft, die immer mehr von immer weniger wissen will, und gegenüber abgehobener Metatheorie sind Integrationsleistungen wie die vorliegende rar. Der Autor bezieht Essentials der Soziologie als trauriger Wissenschaft von der Opazität und der schwierigen Veränderbarkeit der Gesellschaft und wesentliche Knotenpunkte einer gesellschaftstheoretisch gelesenen Kapitalismustheorie aufeinander. Das vorliegende Buch enthält nicht nur drei durchaus auch selbständig lesbare Teile. Zugleich entfaltet der Verfasser umsichtig die vielfältige abgestufte Aufbauordnung, in der die drei Themen „moderne Gesellschaft“, „kapitalistische Gesellschaft“ und „Subjektivität“ stehen, und die verwickelten Verweisungszusammenhänge zwischen ihnen.

Creydt rehabilitiert Gesellschaftstheorie als Analyse der Totalität, die sich zur imponierenden Pluralität und Differenzierung nicht reduktionistisch verhält. Immer wieder kann der Leser entdecken, wie alten, vermeintlich bekannten Texten neue Erkenntnisse abgewonnen werden. Das inzwischen

bornierte Totschweigen von Marx in gewissen Diskursen hat auch ein Motiv in den vielen früheren ebenso uninspirierten wie ermüdenden Nacherzählungen. Im vorliegenden Band nun findet sich eine Lektüre, die Marx nicht als Konkurrenten der Ökonomietheorie zeigt, sondern die ökonomischen Tatbestände auf ihre Vergesellschaftungsdimensionen transparent macht. Immer wieder werden die theoretischen Argumente anderer Autoren auf den zugrundeliegenden realen Problemgehalt hin geöffnet und zugleich besonders beim Soziologen Niklas Luhmann die vielfältigen Verteidigungsanlagen und labyrinthischen Selbstimmunisierungen aufgezeigt.

Im Teil über Subjektivität steuert Creydt an den Klippen einer verfallstheoretisch begründeten Ablehnung gegenwärtiger Subjektivität ebenso vorbei wie an emanzipatorischen Hoffnungen. Das Buch enthält eine Theorie der Moderne, die die subjektlosen und die lebensweltlichen Strukturen nicht nur aufeinander bezieht, sondern auch als Momente eines in sich differenzierten Konstitutionszusammenhangs ausweist. Zur Diskussion der vielfach gefeierten objektiven Leistungsvorzüge moderner und kapitalistischer Organisationen, Institutionen und Strukturen (Effizienz, Kalkulierbarkeit, Rechtssicherheit usw.) kommt eine Diskussion soziokultureller Versprechen, z.B. „Autonomie“, „Subjekt“, „Grund- und Menschenrechte“, „Gebrauchswert“, „Sinnlichkeit“ hinzu. Diese Werte einfach positiv als Kritikfundament in Anspruch zu nehmen beruht auf vom Verfasser herausgearbeiteten Entkontextualisierungen, Hypostasierungen und Idealisierungen. Sie sind durchaus typisch für eine Gesellschaft, die sich auch dadurch erhält, daß viele ihrer

Mitglieder sich imaginär über sie erheben. Dafür – so Creydots These – wird jeweils eine Seite der Wirklichkeit aus ihr herausgelöst.

Creydots Diagnose der Lebenswelt läuft darauf hinaus, daß die in die modernen und kapitalistischen objektiven Strukturen eingelassenen Formen der Individualität im Reich der Subjektivität immer mehr imaginär gewendet werden zur Verwirklichung von Subjektivität. Über das hinaus zu sein, wovon sie abhängt, macht dann den vordringlichen Sinn von Subjektivität aus. Ihn idealisieren Ideologen, die die kreativen und interpretativen Leistungen der Subjekte ebenso für bare Münze wie für den Ausweis von Freiheit nehmen.

Die Schwierigkeiten der Gesellschaftsgestaltung bilden das integrative Zentrum des Buchs. Aus ihrer Darstellung und Kritik erwächst als Alternative ein erweiterter Arbeitsbegriff bzw. die Konzeption eines „arbeitenden In-der-Welt-Seins“. Creydt deutet die vielfältige Präsenz dieses Anderen der gegenwärtigen Gesellschaft in ihrer Mitte selbst an. Insbesondere das Kapitel über den Doppelcharakter und das Ereignis widmet sich der zentralen Frage, wo und wie nach der dichten Beschreibung der allgemeinen Ultra-stabilität der gegenwärtigen Gesellschaft – bei allen Flexibilitäten im besonderen – die Chancen für Gesellschafts(um)gestaltung aufzuweisen sind. Die kapitalistischen Gesellschaftsstrukturen steigern die Schwierigkeiten von Gesellschaftsgestaltung noch über das in modernen Gesellschaften notwendige Ausmaß hinaus und nehmen Ressourcen in Beschlag, die zur Bearbeitung dieser Schwierigkeiten zu mobilisieren wären. Creydt widerspricht naiven Versöhnungs- und Transparenzvorstellungen einer befrei-

ten Gesellschaft. Ihm gelingt eine interessante Intervention in den gegenwärtigen Diskurs um die „reflexive Moderne“.

Der Band gehört in jedes Hauptstudium, in dem nicht nur Soziologie, sondern auch Gesellschaftstheorie gelernt wird. Der Text eignet sich auch als Prüfstein für linke Politik, werden doch hier schonungslos jene Schwierigkeiten der Gesellschaftsgestaltung begriffen, über die sich Illusions- und Projektmacherei nur allzu leicht und gern hinwegsetzen.

Sprachlich ist das Buch nicht immer leichte Kost. Die Aufmerksamkeit fürs Detail geht aber nicht auf Kosten des Zusammenhangs. Die theoretische Argumentation ist durchsetzt mit Beispielen, die geschickt gewählt sind, ohne daß Empirisches journalistisch etwa Gedankenschwächen kompensiert. Creydt's Studie wirkt trotz ihres Umfangs eher wie ein Konzentrat. Der theorieinteressierte Leser wird auf die

Spur gesetzt, gewissermaßen während der Lektüre verschiedene Seitenstücke dieses Bandes weiterzudenken, z.B. eine Kritik der älteren Kritischen Theorie oder poststrukturalistischer Ansätze. Der vorliegende Band formuliert dazu zentrale Argumente, ohne daß der Verfasser sich in entsprechenden Exkursen verzettelt. Das Buch arbeitet sozusagen im Leser weiter.

Auch von der Gestaltung her zeigt der Autor, wie das über „das in der gegenwärtigen Theorielandschaft notorische Mißverhältnis zwischen luxuriöser Verausgabung von Sinn(en) und Denkkraft einerseits, dem Mangel an Konzentration auf notwendendes Obligates andererseits“ hinauszukommen ist. Der Leser schätzt den seltenen Überblick, den analytischen Tiefgang und die beeindruckende Stringenz. Eine Theorie gesellschaftlicher Müdigkeit, die ob ihrer Konzentration hellwach macht.

Hans Babendreyer

Wolfgang Hafner: Im Schatten der Derivate. Das schmutzige Geschäft der Finanzelite mit der Geldwäsche. Eichborn Verlag, 2002 (218 Seiten, Fr. 44.–)

„Obwohl die Finanzderivate seit den siebziger Jahren einen entscheidenden Aufschwung erlebten“, schreibt Wolfgang Hafner in seiner Derivatstudie, „ist das Wissen um ihre Wirkungsweise und ihre Bedeutung für die Wirtschaft einem kleinen Kreis von Experten vorbehalten geblieben.“ Dem kann nur beigepflichtet werden. Auch wenn das Derivat neben der Aktie (verbriefter Gesellschaftsanteil) und der Obligation (verbriefte Schuldverschreibung) mittlerweile zum zentralen Fi-

nanzinstrument auf den globalisierten Märkten avancierte. Derivate sind verbrieftete Wetten zweier Kontraktparteien auf die zukünftige Preisentwicklung eines frei wählbaren Basiswertes. Mit anderen Worten: Terminkontrakte, die einen in der Gegenwart noch unbekannt zukünftigen Wert repräsentieren. Der Witz der Derivate ist die handelbare Verbriefung unsicherer zukünftiger Werte in einem marktfähigen Finanzkontrakt.

Im Verlaufe der Neunzigerjahre ist der massenhafte Einsatz dieser Instrumente im globalisierten Finanzkapitalismus zur Routine geworden. Gezielter Derivateinsatz kann Gewinne zu Verlusten und Verluste zu Gewinnen

machen; damit werden die Aussagekraft der herkömmlichen Bilanz und Erfolgsrechnung in Unternehmen ausgehöhlt. Vom raffinierten Umgang mit der Zahlenwelt im Finanzgeschäft profitieren vor allem die Manager, während Beschäftigte, Aktionäre und der Staat über kurz oder lang in die Röhre gucken – der Bankrott des US-amerikanischen Enron-Konzerns gibt dafür ein instruktives Beispiel ab. Die Enron-Finanzmanager betrieben jahrelang Bilanzfälschung mit Derivaten, indem sie Kontrakte mit selbstgegründeten, jedoch nicht in der Enron-Bilanz erscheinenden Finanzgesellschaften so strukturiert haben, dass der Enron fiktive Gewinne zu Lasten der nicht bilanzierten Finanzgesellschaft zuflossen. Nachdem sie sich damit jahrelang eine goldene Nase verdient hatten, kam es wie es kommen musste – die Milliardenverluste wurden auf die Beschäftigten und den Staat abgewälzt.

Wie Hafner in seiner Studie darlegt, eignen sich die Derivate auch ausgezeichnet zur Geldwäsche. Im Prinzip ist der dabei angewendete Trick einfach: Der Geldwäscher muss sicherstellen, dass das schmutzige Geld als Verlust in einem Derivatkontrakt verlorengeht. Weil ein solcher Derivatkontrakt immer ein Nullsummenspiel in dem Sinne ist, dass der eine Kontraktpartner jene Summe verliert, die der andere gewinnt, erscheint dieser Verlust an schmutzigem Geld beim Kontraktpartner als sauberer Gewinn aus einem Derivatgeschäft.

Die konkreten Beispiele, die Hafner dazu ausführlich dokumentiert, geben eine Vorstellung davon, wie die Geldwäscher solche Transaktionen in der Praxis abwickeln. Zahlreich sind diese Fälle aufgeflogener Geschäfte von Geldwäsche mit Derivaten allerdings nicht. Denn genau gleich wie im Berei-

che der herkömmlichen Geldwäsche vom Bargeld gibt es auch in diesem Bereich nur sehr wenige letztinstanzlich verurteilte Geldwäscher, was im umgekehrten Verhältnis zur hohen Präsenz des Themas in Politik und Medien steht. Auf dem Hintergrund der 1997 geführten Diskussionen Hafners mit hochrangigen Geldwäsche-Bekämpfern im US-Finanzministerium der Regierung Präsident Clintons scheint dieser Mangel an konkreten Beispielen weniger daran zu liegen, dass mit Derivaten kein Geld gewaschen wird. Vielmehr zeigten sich die US-Chefbeamten in der Regel nur an bargeldfixierten Waschmethoden in den wenig regulierten Offshore-Zentren mit wasserdichtem Bankgeheimnis interessiert. Für das Waschen auf Derivat- und Wertschriftenmärkten bestand kaum Verständnis. Dementsprechend war Geldwäscherei mit Derivaten auch kein Thema für die Anti-Geldwäsche-Abteilung des US-Finanzministeriums („Fincen“). Fazit: Wer nicht sucht, der findet auch nichts.

Auch in der Frage der fehlenden Überwachung des US-Derivatgeschäftes auf Geldwäscherei besteht eine Parallele zum erwähnten Fall Enron. Die Energie-Derivate, mit denen die Enron-Manager ihre Bilanzen gefälscht hatten, waren dank erfolgreichem Polit-Lobbying der Enron-Manager der Kontrolle der US-Derivataufsichtsbehörde CFTC nicht unterstellt.

Nach dem 11. September hat sich das Klima in den USA geändert. Unter dem Banner des Krieges gegen den Terrorismus hat der Kongress ein neues Gesetz (US Patriot Act) erlassen, das die individuelle Freiheit massiv einschränkt. Zwecks Aufspürung von Terroristengeldern überwacht die US-Geldwäsche-Bekämpfung seither auch die Derivat- und Wertschriftenmärkte;

Börsenmakler und Derivathändler müssen allfälligen Verdacht auf Geldwäscherei bei der Polizei melden.

Sowohl in den USA als auch in der Schweiz und anderswo haben sich die staatlichen Geldwäsche-Bekämpfer wenn überhaupt nur widerwillig und unter dem Druck des „Krieges gegen den Terrorismus“ mit dem Geschäft der Geldwäsche mit Derivaten befasst. Man dürfte nicht fehlgehen mit der Annahme, dass das Verhalten dieser Kreise in ihrer Angst vor einer Systemkritik begründet ist. Zur Zeit der Recherchen Hafners waren die Internet-Blase und der New-Economy-Kult auf ihrem Höhepunkt. Nicht zuletzt der massive Derivateinsatz, der die Spekulation anheizte, liess bei den Banken, der Informationstechnologie und bei einigen Dutzend Profiteuren der Spekulations-Blase die Kassen klingeln. Derivate waren das wichtigste Umverteilungsinstrument auf den globalisierten Finanzmärkten, ein mächtiger Hebel, der die Reichen dieser Welt in den vergangenen zwanzig Jahren noch reicher gemacht hat. Jegliche grundsätzli-

che Kritik an diesem Finanzinstrument erwies sich damit aus der Sicht von Regierungsangehörigen und Beamten als politisch nicht korrekt.

So gesehen kann es auch wenig erstaunen, dass die Tessiner Bankiervereinigung offiziell beim Schweizerischen Nationalfonds gegen das Forschungsprojekt „Geldwäscherei mit Derivaten“ protestierte, welches die Grundlage von Hafners Studie liefern sollte. Statt diese skandalöse Intervention der Tessiner Banken gegen die Forschungsfreiheit zurückzuweisen und das Projekt umso tatkräftiger zu unterstützen, liessen es die zuständige Nationalfondskommission und deren Präsident, der Basler Strafrechtsprofessor Mark Pieth, leider fallen wie eine heisse Kartoffel.

Wer sich für die Welt der Derivate und das schmutzige Geschäft der modernen Geldwäsche auf globalisierten Finanzmärkten interessiert, kommt um die Lektüre dieses Buches nicht herum.

Gian Trepp

Ueli Mäder / Elisa Streuli: Reichtum in der Schweiz. Porträts. Fakten. Hintergründe. Rotpunktverlag Zürich, 2002 (230 S., Fr. 36.–)

In der reichen Schweiz leben rund zehn Prozent der Bevölkerung unter dem Existenzminimum. Das ist mittlerweile bekannt. Mehrere Untersuchungen belegen das. Sie decken die lange Zeit tabuisierte Armut auf. Und was wissen wir über den Reichtum? Ueli Mäder und Elisa Streuli erhellen in ihrer Studie „Reichtum in der Schweiz“, wie der Reichtum entstanden ist, wie er sich

verteilt, wie Reiche leben und was sie selber von ihrem Reichsein halten.

In den letzten zwei Jahrzehnten nahmen in der Schweiz die gesellschaftlichen Gegensätze weiter zu. Dafür gibt es mehrere Gründe. Zum einen veränderte sich die Morphologie der sozialen Ungleichheit. So stieg beispielsweise die Zahl der einkommensschwachen Frauen unter den Erwerbspersonen deutlich an. Unterschiede in Bildungsvorteilen sind nach wie vor in erheblichem Umfang durch die soziale und Klassenstruktur bedingt. Da Bildungsqualifikationen zu einer der zen-

tralen Ressourcen auf dem Arbeitsmarkt geworden sind, gewinnt dieser Aspekt der Klassen- und Chancengleichheit an Bedeutung. Zum andern haben sich die Unterschiede zwischen Arm und Reich vergrössert. Daher muss heute eher von einer Verhärtung der Klassenunterschiede als von deren Schwinden gesprochen werden. Und die differenzierte Klassenanalyse erweist sich als sehr hilfreich, um die wachsende soziale Ungleichheit in der Bevölkerung der Schweiz zu erklären.

Ueli Mäder und Elisa Streuli sind am Institut für Sozialforschung und Sozialplanung (basis) der Fachhochschule für Soziale Arbeit beider Basel tätig. Sie haben schon mehrere Untersuchungen über die Armut durchgeführt. Ihr Vorhaben ist diesmal als ein Versuch zu verstehen, den gegenwärtigen Forschungsstand zum Thema „Reichtum“ – einer bis anhin wenig erforschten Form der sozialen Ungleichheit – zu erhellen und zu erweitern. Zunächst gehen sie der Frage nach, wer hierzulande als reich bezeichnet werden kann und wie der Reichtum in der Schweiz verteilt ist. Dann greifen sie die Frage nach der sozialen Verträglichkeit des Reichtums auf. Um das zu beantworten, führten sie Gespräche mit Reichen, die in der Studie ausgiebig zu Worte kommen. Rund dreissig Reiche berichten darüber, wie sie leben, ihren Reichtum rechtfertigen, was sie von der Erbschaftssteuer halten und was sie mit ihrem Geld tun. Dabei interessiert, welche Funktionen die Reichen in der schweizerischen Gesellschaft innehaben.

Der erste Teil der Studie vermittelt ein klares Bild von dem Ausmass und der Zusammensetzung des Reichtums in der Schweiz. Zunächst wird geklärt, was Reichtum ist, ab welcher Höhe des Einkommens und/oder Vermögens man in der Schweiz als reich gilt. Die

Erforschung des Reichtums und der Reichen erweist sich aber – nicht nur in der Schweiz – als äusserst schwierig, da es keine systematische Datensammlung zu hohen Einkommen und Vermögen gibt. Die Angaben zum Reichtum einzelner Personen stammen aus verschiedenen Quellen mit unterschiedlichen Erhebungszeitpunkten. Die Studie enthält sekundärstatistische Auswertungen und zahlreiche eigene Berechnungen. Sie belegt, dass der Reichtum in der Schweiz – in einem der reichsten Länder der Welt – im Vergleich mit anderen OECD-Ländern sehr ungleich verteilt ist.

Die Zahl der Millionäre wächst. Zwischen 1991 und 1997 ist der Anteil der Haushalte mit mehr als einer Mio. Franken von 1.9 Prozent auf 3 Prozent gestiegen; das sind 120'000 Privathaushalte. Ihr gesamtes Vermögen beläuft sich auf fast 400 Mrd. Franken, das ist etwas mehr als die Hälfte des gesamten Privatvermögens in der Schweiz. Aber auch innerhalb der Franken-Millionäre gibt es erhebliche Unterschiede: 12'000 superreiche Haushalte mit mehr als 5 Mio. Franken verfügten Ende 1997 zusammen über 180 Mrd. Franken oder ein Viertel des gesamten Privatvermögens. „In jüngster Zeit lässt sich eine zunehmende Vermögenskonzentration feststellen, das heisst, dass die Reichsten nicht nur absolut, sondern auch prozentual nochmals zulegen konnten“, lautet ein Fazit der Untersuchung.

Vor allem der Börsenboom der 1990er Jahre hat das Geldvermögen der Superreichen kräftig anwachsen lassen. Hinzu kommen die steigende Zahl von Börsengängen sowie die Umschichtung von klassischen Vermögensanlagen wie Sparbuch, Immobilien und fest verzinsliche Papiere in höher rentierende Investments und eigen-

kapitalähnliche Anlageformen. Auch die vermehrte Ausgabe von Aktien und Optionen an leitende Angestellte spielt bei der Geldvermehrung eine Rolle. So werden heute etwa 193'000 Angestellte in der Schweiz, das sind etwa 8 Prozent aller Angestellten, von ihren Unternehmen am Unternehmenskapital beteiligt.

Reichtumsunterschiede sind auch geschlechtsspezifisch. Von den 300 grössten Vermögen in der Schweiz werden nur 18 von Frauen kontrolliert, also gerade rund 6 Prozent. Ebenso spielt das Alter eine entscheidende Rolle in der Reichtumsstruktur der Schweiz. Das hat einerseits mit der ökonomischen Abgeltung von Berufserfahrung zu tun und andererseits mit der Chance, im Laufe der Zeit Ersparnisse und Vermögen anzuhäufen, aber auch die Zinsen aus dem sozialen Kapital einzustreichen, das vorwiegend Männer in Form von Geschäftsbeziehungen und sozialen Netzwerken ansammeln und für dessen Aufbau sie vor allem Geld und Zeit investieren. Den grössten Anteil reicher Personen findet man also in der Altersgruppe der über 60-Jährigen. Dieses Ergebnis darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch Armut im Alter zunehmend ein soziales Problem darstellt, wie eine Studie von Robert Leu et al. (Lebensqualität und Armut in der Schweiz, Bern 1997) aufzeigt. Betroffen sind vor allem Frauen mit Einkommen am oder unter dem Existenzminimum (vgl. Tieflöhne von Frauen in der Schweiz, BASS/SGB, Bern 2001; Working Poor, Bundesamt für Statistik, Bern 2001) sowie chronisch kranke und pflegebedürftige Menschen.

Der zweite Teil der Studie geht auf die persönlichen (Lebens-)Perspektiven von Reichen ein. Auf der Grundlage von Medienberichten und von Gesprächen mit 30 Reichen werden deren

Lebensumstände und Lebenswelten sehr differenziert dokumentiert. Im Vordergrund steht die Frage nach der sozialen Verträglichkeit des Reichtums. Unter anderem wird bei der Erkundung der Welt der Reichen nach ihren Werthaltungen und Formen von Engagement gefragt, nach ihren Vorstellungen über soziale Ungleichheit, über die Finanzierung der Staatsaufgaben, über den gesellschaftlichen Nutzen des Reichtums. Dabei fällt auf, wie vielschichtig und verschieden die Meinungen und Bewertungen bei den einzelnen Reichen ausfallen.

Aufschlussreich sind die subjektiven Einstellungen und Empfindungen von Reichen. „Geld allein macht nicht glücklich“ – dieses bekannte Sprichwort findet hier seine Bestätigung. So gibt es etliche Reiche, die u.a. unter massiver Stressbelastung und permanenten Angstzuständen leiden. Eine eindeutige Typologie von Reichen zu bilden ist noch nicht möglich. Dennoch wird der Versuch gewagt, typische Weltbilder, Verhaltensmuster und Orientierungen zu benennen, die für Reiche von Bedeutung sind; wobei diese Merkmale, die in zehn Punkten aufgeführt sind, selbstverständlich eine individuell unterschiedliche Gewichtung und Ausformung erfahren. Reiche Leute scheinen jedenfalls über ein Selbstverständnis zu verfügen, das selbstbewusst wirkt. Auch Reiche, die viel geerbt haben, schreiben die Vermehrung ihres Reichtums überwiegend ihren persönlichen Fähigkeiten und Verdiensten zu.

In Anbetracht der wachsenden sozialen Ungleichheiten und Unterschiede der Einkommen und des Reichtums in der Schweiz stellt die Studie in ihrer Schlussbetrachtung zu Recht fest, dass die Verteilungsfrage die zentrale soziale Frage von heute ist. Was die Ver-

ringierung der Kluft zwischen Arm und Reich angeht, besteht bei den Reichen aus allen politischen Lagern hierzulande durchaus eine gewisse Sensibilität: Viele sind gerne bereit, einen Teil ihres Geldvermögens für soziale Zwecke zur Verfügung zu stellen, aber dies vorwiegend auf freiwilliger Basis, und nicht unter dem Diktat des Staates. Darin widerspiegeln sich hauptsächlich Skepsis und kritische Distanz gegenüber staatlichen Einrichtungen und Regelungen. Doch der soziale Ausgleich darf, so Ueli Mäder und Elisa Streuli, nicht von der wohlmeinenden Grosszügigkeit einzelner Reicher abhängig sein, er muss sich auf eine ge-

sellschaftlich vereinbarte Solidarität (Sozialpflichtigkeit – Eigentum verpflichtet!) stützen, damit die Existenzsicherung für die Einkommensschwachen nicht der Gefahr der Willkür ausgesetzt ist.

Die ökonomische und soziologische Studie von Ueli Mäder und Elisa Streuli gibt einen interessanten Einblick in die Welt des Reichtums in der Schweiz und verbessert die statistische Erfassung. Die gelungene Verbindung von quantitativer Datenanalyse und Dokumentation biographischer Berichte macht die Lektüre zu einem Lesevergnügen.

Hector Schmassmann

SAPRI, 2002 : Weltweite Armutsproduktion statt globale Armutsbekämpfung. Die zerstörerische Bilanz der Strukturanpassung. WEED, Informationsbrief, Sonderdienst Nr. 1-2, (8 S., 3€).

Nach fünfjähriger Arbeit liegen jetzt die Ergebnisse der „Initiative für eine partizipatorische Überprüfung der Strukturanpassung“ (SAPRI: *Structural Adjustment Participatory Review Initiative*) vor. Die von Gruppen der Zivilgesellschaft und der Weltbank gemeinsam ins Leben gerufene Initiative hat die Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme (SAP) der Weltbank an Hand von zehn typischen Länderbeispielen (Ecuador, El Salvador, Mexiko, Bangladesh, Philippinen, Ghana, Mali, Uganda, Zimbabwe und Ungarn) untersucht. Auf zahlreichen Länderforum, durch unabhängige na-

tionale SAPRI-Teams, auf Distrikt-, Provinz- und Regionaltreffen trugen Vertreter zivilgesellschaftlicher Gruppen (insbesondere Gewerkschaften, Assoziationen von Gewerbetreibenden, Bauern, indigene Gruppen, Umwelt-, Menschenrechts-, Frauen- und Jugendorganisationen usw.) Material und Erkenntnisse zusammen, die in die zehn Fallstudien Eingang fanden.

Nicht in allen Fällen konnte die angestrebte Durchführung unter Beteiligung der Weltbank, der nationalen Zivilgesellschaft und der jeweiligen Regierung realisiert werden. Vor allem die Weltbank ging in dem Maße auf Distanz, wie deutlich wurde, daß grundlegende Veränderungen in ihrer Politik notwendig wären, würde sie SAPRI ernstnehmen. Der vorliegende *Sonderdienst* präsentiert die Ergebnisse, die in ausführlicher Version als Buch erscheinen sollen, in komprimierter Form aus zivilgesell-

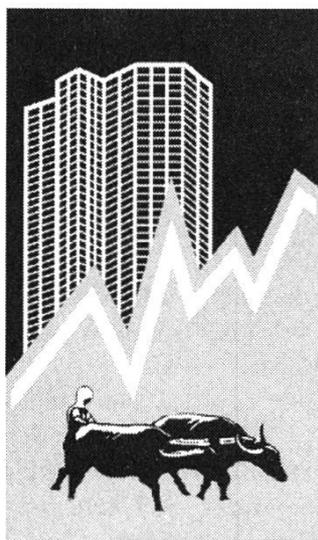
schaftlicher Sicht. Nacheinander werden die Resultate der SAP in den Bereichen Handelspolitik, Finanzsektor, Beschäftigung, Privatisierung, Agrarpolitik, Bergbau, Gesundheits- und Bil-

dungswesen dargestellt, um danach den von der SAP verschärften Abwärtskreislauf der Verarmung im Zusammenhang zu beschreiben und Ansätze zu Alternativen zu skizzieren

Der SAPRI-Sondersienst kann bezogen werden bei: WEED, Tel. 0049 0228/766130 oder www.weedbonn.org

Vgl. auch: Structural Adjustment Participatory Review International Network (SAPRIN), *The Policy Roots of Economic Crisis and Poverty. A Multi-Country Participatory Assessment of Structural Adjustment*, based on Results of the Joint World Bank/Civil

Society Structural Adjustment Participatory Review Initiative (SAPRI) and the Citizens' Assessment of Structural Adjustment (CASA), Washington D.C. 2002. Bezug: SAPRIN, 927 15th Street, NW, 4th floor, Washington, DC 20005 USA, Tel. +202/8981566, Fax 8981612, e-mail: secretariat@saprin.org Internet: www.saprin.org



Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung

Der Fachinformationsdienst für Globalisierung, Nord-Süd und internationale Ökologie

Die 12 W&E-Monatsbriefe und ca. 6 Sonderdienste pro Jahr enthalten orientierende **Kurzanalysen, Fachartikel** und Beiträge zur **Strategiediskussion** der Bewegung für globale Gerechtigkeit. Die Rubriken **W&E-Update** und **W&E-Infospiegel** halten auf dem Laufenden mit Kurzinfos, Lesehinweisen und einer ausführlichen Terminvorschau.

Jahresabo für Einzelpersonen 23,- €, für Institutionen, Organisationen und Medien 46,- €, jeweils zzgl. Versandkosten.

Abos und Probeexemplare: WEED, Bertha-von-Suttner-Pl. 13, D-53111 Bonn, Tel. ++228/766130, Fax 696470, E-mail: weed@weedbonn.org, Internet: www.weedbonn.org